

**Jutta STEINRUCK:
"EU-Kommission muss Vorschlag zurückziehen!"**

Überarbeitung der Entsenderichtlinie sollte Sozialdumping eindämmen

„Mit der Entsenderichtlinie sollte die EU-Kommission die organisierte Ausbeutung mobiler Arbeitnehmer in Europa eigentlich verhindern. Offenbar plant sie das Gegenteil. Ich fordere die EU-Kommission deshalb auf, den Entwurf zurückzunehmen, endlich die Sozialpartner zu konsultieren und daraufhin einen vernünftigen Entwurf vorzulegen“, sagt **Jutta STEINRUCK**. Die sozial- und beschäftigungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten bezieht sich auf einen zirkulierenden Entwurf der EU-Kommission zur Überarbeitung der Entsenderichtlinie. Offiziell wird das Papier voraussichtlich am Dienstag, 8. März vorgestellt.

Bisher galt der gesetzliche oder tariflich ausgehandelte Mindestlohn. Der Entwurf sieht nun aber offenbar einen Lohn vor, der „für den Schutz der Arbeitnehmer notwendig ist“.

„Die Formulierung zum Thema Mindestlohn ist erschreckend schwammig“, ärgert sich **Jutta STEINRUCK**. „Statt endlich das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ umzusetzen, fördert die EU-Kommission mit dieser unklaren Definitionen die Ausbeutung von Arbeitnehmern. Weniger Rechtssicherheit scheint hier das Motto zu sein. Auch die im Entwurf vorgesehene Kürzung der Entsendedauer auf 24 Monate greift viel zu kurz. Sie besagt zwar, dass Entsendete nach zwei Jahren den einheimischen Arbeitnehmern sind, aber das betrifft kaum jemanden. Im Baugewerbe dauert die Hälfte der Entsendungen beispielsweise nur einen Monat. Mit anderen Worten: Für den Großteil der Arbeitnehmer ändert sich durch diese Überarbeitung rein gar nichts.“

"Tatsächlich missbrauchen Unternehmen die Schlupflöcher der Entsenderichtlinie massiv zur Umgehung von Lohn- und Sozialstandards. Insbesondere in Deutschland verursacht das große Probleme, etwa im Baugewerbe, der



SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

www.spd-europa.de

Fleischverarbeitung oder dem Transportsektor. Leidtragende sind die Arbeitnehmer", erklärt **Jutta STEINRUCK**.

"Obwohl sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker großspurig als ‚Präsident des Sozialen Dialogs‘ angekündigt hatte, wird erneut klar, dass die EU-Kommission im Vorfeld wieder nicht die Meinung der Sozialpartner eingeholt hat."

Die sogenannte Entsenderichtlinie sollte ursprünglich sicherstellen, dass Arbeitnehmer bei ihrer Tätigkeit im europäischen Ausland gleiche Rechte genießen und gleiche Löhne bekommen wie für die entsprechende Arbeit im Heimatland.

Weitere Informationen: Büro Steinruck +32 2 284 55 63 und Andrea Bracht +32 473 930 060 (Pressereferentin)

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

www.spd-europa.de

